Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.

Sprechstunden der Redaction
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—5 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,
Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16.250.

Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 5gesp. Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 352. Montag den 22. November 1880. 74. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Hierdurch bringen wir zur öffentlichen Kenntniß, daß wir die Fahrbahnen sowohl der Brandvorwerkstraße von der Mahlmannstraße bis zur Arndtstraße, als auch der Arndtstraße von der Brandvorwerkstraße bis mit Grundstück Nr. 53 auf der südlichen und bis mit Grundstück Nr. 2b auf der nördlichen Straßenseite in städtische Verwaltung übernommen haben.

Leipzig, den 17. November 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Wilisch, Aff.

Wegen Reinigung der Locale bleiben die Geschäfte des Leihhauses und der Sparcasse für
Mittwoch, den 24. November a. c.
ausgesetzt, und können die für diesen Tag bei der Sparcasse gekündigten Beträge schon Dienstag, den 23. d. M. in Empfang genommen werden.

Leipzig, den 20. November 1880.

Des Raths Deputation für Leihhaus und Sparcasse.

Preußischer Landtag.

* **Berlin**, 20. November. Von der Erregung der Gemüther, welche die Judenfrage hervorgerufen, zeugte heute schon die äußere Physiognomie des Abgeordnetenhauses, der Andrang nach den Tribünen und die noch stärkere Zahl Derer, die abgewiesen werden mußten. Vielleicht hatten viele der Zuhörer erwartet, daß von beiden Seiten noch stärkere Farben aufgetragen werden, daß die Sensations-, vielleicht sogar die Skandalsucht Befriedigung finden würde. Diese Rechnung, wenn sie angestellt worden, täuschte. Bei einem an sich so aufregenden Gegenstand wird ja immer ein etwas lebhafterer Ton der Verhandlung herrschen. Im Ganzen aber war die Haltung der Redner auf allen Seiten eine maßvolle und würdige, und man wird gegen Niemanden den Vorwurf erheben können, daß er nicht bestrebt gewesen wäre, diese Frage in Wege zu leiten, die zur dauernden Versöhnung und Beruhigung führen. Ueber diese Wege freilich stehen sich die Ansichten noch sehr schroff gegenüber. Das Nähere ergiebt der folgende Bericht:

Abg. Dr. Hänel: Im Jahre 1878, 100 Jahre, nachdem Lessing seinen Nathan gedichtet hat (Unruhe rechts), tagte in Berlin der europäische Congreß und nahm in seinen Vertrag die Clausel auf, daß der Unterschied des religiösen Glaubens und Bekenntnisses in den betreffenden orientalischen Ländern Niemandem gegenüber geltend gemacht werde als ein Grund der Ausschließung und Unfähigkeit bezüglich des Genusses der bürgerlichen Rechte u. s. w. Dies war besonders wichtig für die Verhältnisse der Juden in Rumänien. So ist es geschehen, daß jene Clausel der Gleichberechtigung aller Confessionen, insbesondere auch der Juden, europäische Anerkennung fand. Wenn diese Clausel auch bezüglich ihrer Ausführung in Rumänien Schwierigkeit fand, so wurde doch auch die Anerkennung der Gleichberechtigung der Juden in Rumänien neuerdings im Jahre 1880 durch eine Note zur Bedingung des Eintritts Rumäniens in die völkerrechtliche Gemeinschaft Europas gemacht. Im Anfange schien die bei uns ausgebrochene Agitation einen Unterschied machen zu wollen zwischen den besseren und schlechteren Juden, um einen Druck auszuüben, daß auch Letztere sich schneller nationalisiren. Daß auch den Juden viele Fehler anhaften, das geben wir und auch die Gebildeten unter ihnen zu. Aber sie selbst üben an diesen Fehlern die größte Kritik. Wenn wir bedenken, daß ein tausendjähriger Druck auf den Juden gelastet, sie in gewisse Thätigkeiten ausschließlich hineingedrängt hat, daß man sie auch nach Bedarf todt geschlagen hat, da verlangt man, daß eine Rückwirkung davon gar nicht mehr heute vorhanden sein soll? Zumal die eigentliche volle Emancipation erst seit einem Jahrzehnt eingetreten ist? Die antisemitische Liga verlangt, die Juden ohne jeden Unterschied herabzudrücken. Dies beweisen ihre Statuten, dies hat sich auch bei den Wahlen gezeigt, wo nicht nach Charakter und Verdienst gefragt wurde, sondern nach der Religion. Sehen Sie sich doch die Wahlen in Magdeburg und hier in Berlin an, die rothen Zettel mit der Aufschrift: „Wählet keine Juden." Würde man blos die religiöse Seite der Frage berühren, so wäre sie discutabel, aber, meine Herren, diese Frage ist übergeleitet in die Frage der Race. Das ist die perfideste Wendung. (Sehr richtig!) Denn daß ich einer Nation, einer Race angehöre, ist ein Fatum, dagegen kann ich mich nicht wehren; der Kampf gegen die Race ist die praktische Untergrabung der Fähigkeit, sich zum allgemeinen Bürgerthum auszubilden. Diese ganze Bewegung verstößt gegen den hehren Satz: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst. (Sehr wahr!) Anfangs schien sich die Bewegung in den Schranken der Verfassung zu halten. Auch darüber ist sie hinausgegangen und will die verfassungsmäßige Gleichberechtigung der Juden beseitigen. Damit hat die antisemitische Bewegung den religiösen Boden verlassen und verfällt der Competenz der Legislatoren und dieses Hauses. Ich komme nun zu den Folgen dieser Bewegung. Ueber die sichtbaren Folgen, die turbulenten Volksversammlungen gehe ich hinweg. Zu jenen sichtbaren Folgen gehört jener Cynismus und jene Rohheit der Presse, die gleichsteht der der socialdemokratischen Presse, welche zur Unterdrückung der Socialdemokratie geführt hat. Die Verantwortlichkeit für das Einzelne liegt Denen mit ob, welche die Bewegung angefangen haben. Für viel schwerer halte ich die unsichtbaren Folgen. Mit welchem Gefühl, glauben Sie wohl, daß unsere jüdischen Mitbürger ihre Kinder jetzt in die Schule schicken? Sehen Sie sich unsere jüdischen Mitbürger an, die ihre volle Kraft jederzeit für den Staat eingesetzt haben, welches Gefühl müssen diese haben? Die Bewegung hat eine tiefe Kluft zwischen unseren Mitbürgern aufgerissen. Das haben jene Männer empfunden, die jenen Aufruf am vorigen Sonntag erlassen haben. Ein Stillschweigen zu einer solchen Bewegung ist gerade besonders verhängnißvoll, ja fast eine Parteinahme, und darum ist die Interpellation gestellt, um der Regierung zur Erklärung Gelegenheit zu geben. Es existiren Besorgnisse in den jüdischen Kreisen, daß die Regierung nicht mit gleichem Recht gegen Alle verfahren ist; allerdings ist ja in Folge der Agitation die Empfindlichkeit unter den Juden eine sehr große. Jedoch greift meine Interpellation bei der Thatsache ein, daß in agitatorischer Weise verbreitet wird, die königliche Regierung könne sich entschließen, die verfassungsmäßig gewährleistete Gleichberechtigung der Juden im Wege der Verwaltung zu beschränken. Es enthält die Petition also nichts Anderes, als eine Verleitung zum Bruch des auf die Verfassung geleisteten Eides. Wenn solche Erwartungen aber vorhanden sind, so muß ich zu meinem Bedauern sagen, daß diese durch Thatsachen begründet sind. Hat doch der Reichskanzler selbst als Abgeordneter gegen die Parität der Juden gekämpft. Ist doch in Westfalen von einem Landrath selbst den Bürgermeistern die Judenpetition zur Sammlung von Unterschriften zugegangen. Ich stehe völlig unabhängig auf dem Rechtsboden der Verfassung, ja ich glaube sogar bei dieser Lage verpflichtet gewesen zu sein, die Interpellation zu stellen, damit die Regierung in dieser schweren Verwirrung der Gemüther und gewisser socialer Kreise eine klare und feste Stellung einnehme. Ich bin der Ueberzeugung, daß die Regierung eine runde und volle Erklärung abgeben werde, daß sie sich niemals dazu verstehen könnte, diese verfassungsmäßigen Grundsätze antasten zu lassen und damit jener garstigen Bewegung die Spitze abzubrechen. (Beifall links.)

Die stenographisch genaue Erklärung des Vicepräsidenten des Staatsministeriums, Graf zu Stolberg, lautet: Die Interpellation des Abg. Hänel geht davon aus, daß eine Petition, an den Herrn Reichskanzler gerichtet, verbreitet werde, welche die wörtlich aufgeführten vier Forderungen an die Staatsregierung stellt. In Veranlassung dessen wird an die Staatsregierung die Frage gerichtet, welche Stellung dieselbe Anforderungen gegenüber einnimmt, die auf Beseitigung der vollen verfassungsmäßigen Gleichberechtigung der jüdischen Staatsbürger zielen. Ich muß zunächst constatiren, daß eine solche Petition, wie sie hier erwähnt ist, bisher an die Staatsregierung nicht gelangt ist, daß sie auch nicht in der Lage war, den Inhalt derselben amtlich in Erwägung zu ziehen. (Zustimmung rechts.) Gleichwohl nimmt die Staatsregierung nicht Anstand, die Frage dahin zu beantworten, daß die bestehende Gesetzgebung die Gleichberechtigung der religiösen Bekenntnisse in staatsbürgerlicher Beziehung ausspricht, und daß das Staatsministerium nicht beabsichtigt, eine Aenderung dieses Rechtszustandes eintreten zu lassen. (Beifall rechts.)

Auf Antrag der Abgeordneten Rickert und Klotz, welcher fast vom ganzen Hause unterstützt wurde, tritt das Haus in eine Besprechung der Interpellation ein. Gegen dieselbe meldeten sich 18 Redner zum Wort, 9 für dieselbe.

Abg. Reichensperger (Olpe): Ich erkläre mich mit der Interpellation insoweit einverstanden, als dadurch eine Erklärung der Regierung hervorgerufen wird, daß die verfassungsmäßig garantirte Gleichberechtigung der Juden nicht beseitigt werde. Ich hätte sogar gewünscht, das die Regierung eine Erklärung abgegeben hätte, daß sie auch im Verwaltungswege die Gleichberechtigung nicht berühren werde. Aber dennoch hätte der Interpellant nicht in dies Wespennest stechen sollen. Es beweist dies, daß er die jüdischen Mitbürger nicht genau kenne. Diese Bewegung ist hervorgerufen, weil nationale und besonders sociale Interessen in Frage stehen. Aber davon müßten sich die Juden fernhalten, was überall nicht geschieht, daß sie sich als alleinige Gläubiger der christlichen Gemeinschaft gerirren. Erst müssen sie diese Emancipation sich verdienen. Unter meiner eigenen Mitwirkung ist die Gleichberechtigung der Juden in den Jahren 1848—1851 durchgesetzt worden. Aber haben sie es uns gedankt? Haben wir in den letzten 10 Jahren die Quittung für diesen Schuldtitel bekommen? Nein, im Gegentheil, gerade sie haben in dem Culturkampfe gegen uns die größte Feindschaft, besonders in der Presse, geübt. Und wer tritt hier als Ritter derselben auf? Der Abg. Dr. Hänel. Wer ist denn, als jene Scenen in Moabit stattfanden, als Ritter aufgetreten? Welche Stellung haben denn jene Ritter im Culturkampfe eingenommen? Keine andere, als daß sie über die Fundamentalartikel der Verfassung munter hinwegsprangen. Wo bleibt denn da die Verfassungstreue? Die Interpellation hat überhaupt gar keine andere Bedeutung, als die Ausübung des Petitionsrechtes bezüglich des der vorliegenden Petition zu Grunde liegenden Inhalts zu beschränken, ja möglichst Viele abzuschrecken, ihre Sentiments in dieser Frage zur Geltung zu bringen. Jedenfalls hat die Petition und die Agitation die gute Folge, unseren jüdischen Mitbürgern die Nothwendigkeit aufzuerlegen, sich einer größeren Besonnenheit und Mäßigung zu befleißigen und die Emancipation zu verdienen.

Abg. Seyffarth (Liegnitz): Ich erinnere daran, daß durch die entschiedene Beantwortung einer ähnlichen Interpellation in Oesterreich die Agitation dort ihr Ende erreichte. Dies hoffe ich auch von der unsrigen. (Gelächter.) Man hat diese Frage als eine religiöse betrachtet, gleich als ob das Christenthum in Gefahr stände. Ich habe stets gefunden, daß jeder anständige Jude das Christenthum achtet. Welche Opfer haben die Juden 1870/71 gebracht!

Abg. von Heydebrand und von der Lasa: Auch ich erkenne an, daß die Juden, mit denen ich in Berührung gekommen bin, respectable Leute sind, aber gerade die Presse, die meist von Juden geleitet wird, sollte erörtern, ob nicht ein Theil des Judenthums selbst die Schuld an den Ausschreitungen trägt. Es ist aber auch ganz ungewöhnlich, daß man die Regierung auffordert, Stellung zu nehmen zu einer Frage, die noch in keiner Weise an sie herangetreten ist. Man hat für diese Agitation gerade die conservative Partei verantwortlich gemacht, die doch auf dem Standpuncte des Rechts und der Verfassung steht. Wir haben ja offen es seiner Zeit für zweifelhaft erklärt, ob sich die deutsche Nation darin finden werde, daß man öffentliche Aemter in die Hände der Juden legt. Aber seitdem dies geschehen, hat sich die conservative Partei auf den Boden des Rechts gestellt, sie wird die verfassungsmäßigen Rechte der Juden genau so schützen wie die Liberalen, aber wir verlangen von ihnen Mäßigung im Gebrauche dieser Rechte.

Abg. Dr Virchow: Hätten die anderen Herren die Mäßigung des Vorredners geübt, so würden wir diese Interpellation nicht gestellt haben. Die Anfrage ist allerdings deshalb gerichtet, ob jene Bestrebungen einen Widerhall in der Regierung finden. Correct war die Antwort der Regierung, aber kühl bis ans Herz hinan. Bei der gegenwärtigen Situation hätte sie wohl etwas wärmer sein können. Unsere jüdischen Mitbürger haben das Gefühl, daß die Regierung ihnen nicht besonders geneigt ist. Schon im Jahre 1879 hat der Vorstand der jüdischen Gemeinde an den Minister des Innern ein Schreiben gerichtet, Schutz gegen die antisemitischen Ausschreitungen zu gewähren. Auf dieses Schreiben erfolgte keine Antwort und in Folge dessen richtete der Vorstand im April d. J. ein neues Schreiben an den Minister. Auch darauf folgte keine Antwort. Da man nicht einsah, warum auch nicht einmal eine abschlägige Antwort ertheilt wurde, wandte sich der Vorsitzende persönlich an den Minister, traf ihn jedoch nicht und erhielt auf dem Ministerium die Antwort, daß der Minister nicht Jedermann sprechen könne. Schließlich kam eine Antwort, daß der Vorstand für nicht legitimirt erachtet werden könne, die gesammte jüdische Bevölkerung zu vertreten, auch sei bei den Agitationen kein Gesetz verletzt. Darin liegt eine gewisse Latitude. Es handelt sich jetzt nicht mehr um die Rechte, welche den Juden durch die Verfassung gewährt sind, sondern auch um die ihnen im Jahre 1812 verliehenen Rechte, durch welche sie Staatsbürger sein können; auch war ihnen die Zulassung zum Staatsdienst versprochen worden. Wenn man Jemandem Rechte ertheilt, so darf man sich doch nicht wundern, wenn er sie benutzt. Die Brochure von Neumann weist statistisch, wenigstens bis zum Jahre 1871, bis zu welchem das statistische Material vorliegt, nach, daß die Einwanderung der Juden eine ganz geringe ist und trotzdem wird von den Agitatoren in den Volksversammlungen behauptet, wir würden von Horden heruntergekommener Semiten überschwemmt. Analog verhält es sich mit der Racenfrage. Wie steht es damit, es sind hervorragende Juden zum Christenthume übergetreten und sind Führer der conservativen Partei geworden. Warum haben Sie denn da nicht den Widerwillen gegen die Race gehabt? Es giebt ja genug von den Conservativen, die mit Juden verschwägert sind, oder ist Ihr Widerwille nur gegen die männlichen Semiten gerichtet? Gehen wir der Sache auf den Grund, so sehen wir bei dieser Agitation die niedrigsten Leidenschaften, namentlich den Neid zu Tage treten, besonders gegen den raschen Erwerb, namentlich deshalb, daß sie die Fähigkeit dazu besitzen. Aber in einer Brochure ist zu lesen, daß unverhältnißmäßig viele jüdische Schüler die höheren Schulen besuchen und dadurch der Kampf der Race gegen Race hervorgerufen werde. Auch ich verkenne durchaus nicht die schlechte Gewohnheit der einzelnen Juden, speciell der jüdischen Presse, aber Dies verkennen die gebildeten Juden selbst auch nicht. In den Ländern, wo die Emancipation vollständig durchgeführt wurde, läßt sich ein dauernder Friede wohl erhalten, den Beweis liefert Holland. Dieser Angriff ist bei uns allerdings von der conservativen Partei ausgegangen. Ich erinnere an die goldene Internationale, an die „Kreuzzeitung" vom Jahre 1875. Ueber die „Germania" will ich nicht reden. Bedrohlich jedoch wurde sie erst, als einige jüdische Parlamentarier der Regierung unbequem wurden und nunmehr eine ganze Reihe neuer Blätter gegen die Juden auftauchte.

Abg. Hobrecht: Die Interpellation des Abgeordneten Dr. Hänel war voll gerechtfertigt durch den Wunsch und die Hoffnung, daß in einer unser öffentliches Leben beunruhigenden Strömung die Erklärung der Regierung Beruhigung schafft. Meiner Ueberzeugung nach handelt es sich nicht um den confessionellen Standpunct, sondern um Racengegensätze. Die Gefahr der Agitation liegt darin, daß sie Leidenschaften wach ruft, die sich nachher nicht dämmen lassen. Den leidenschaftlichen Anklagen gegen die Juden liegt ein guter Theil des häßlichsten Neides zu Grunde.

Der Abg. Träger wies darauf hin, daß hervorragende Vertreter der conservativen Partei es waren, welche den Juden die Gleichberechtigung mit erkämpften. Die jetzige Agitation sei Nichts weiter als eine Demagogie der niedersten Art, die es wage, sich mit dem Namen des Christenthums zu schmücken. Die Fehler der Juden, die auch er nicht verkenne, fänden sich ebenso bei Christen. Die staatsbürgerlichen Pflichten haben die Juden stets erfüllt, und es sei zu bedauern, daß jetzt über die Frage ihrer staatsbürgerlichen Gleichberechtigung debattirt werde.

Abg. Windthorst hält die Interpellation für unbegründet, dieselbe werde das Gegentheil von Dem bewirken, was die Interpellanten beabsichtigten. Die Antwort der Regierung sei völlig genügend, nicht kühl, wie Virchow geglaubt habe. Die Katholiken würden froh gewesen sein, wenn ihnen in ihren Nöthen eine solche Antwort zu Theil geworden wäre: „Keine Judenhetze, aber auch keine Christenhetze, vor Allem auch keine Katholikenhetze." Religiöse und politische Duldung sei das Fundament des Staates, die Duldung müsse aber nicht einseitig sein, sondern gegenseitig. Die Judenfrage gehöre nicht in die Volks-Versammlungen, sondern vor ein wissenschaftliches objectives Forum, sonst könne die Erörterung der Frage Folgen haben, die sich nicht absehen ließen. Ein Fehler sei es, daß man die Handlungen einzelner Juden der Gesammtheit zur Last lege und damit höchst ehrenwerthe jüdische Mitbürger verletze. Die Aufgabe der ehrenwerthen Juden müsse es sein, die unleugbaren Ausschreitungen ihrer Glaubensgenossen zu bekämpfen. Geschähe Das, so würde bald Ruhe und Frieden zurückkehren. Die Interpellation habe das Gute gehabt, den Culturkämpfern zu zeigen, daß sie den Katholiken Das verweigern, was sie mit Recht für die Juden fordern. In der bekannten Erklärung Berliner angesehener Bürger müßten eigentlich immer neben den jüdischen Mitbürgern die katholischen genannt werden. Er hoffe, daß man jetzt den Katholiken von liberaler Seite zugestehen werde, was man für die Juden fordere. Jeder übe Toleranz gegen seinen Mitbürger, welcher Religion er auch sei. Die Aera, die mit dem Schulaufsichtsgesetz begann, und die Entwickelung des Schulwesens seit der Zeit sei der Grund des jetzigen Zustandes, denn es führe zu einem Staate ohne Gott. Nicht das Judenthum müsse man bekämpfen, sondern den Unglauben, in dem sich Christen und Juden zur Bekämpfung jeder positiven Religion die Hand bieten und den die Regierung durch ihre Unterdrückung der christlichen Kirche fördere. (Unruhe.) Auch auf socialem Gebiet müsse eine Umkehr stattfinden: die Gewerbegesetzgebung, das Actiengesetz, das Freizügigkeitsgesetz müßten revidirt werden. Redner schließt mit dem Satze: „Was du nicht willst das dir geschehe, Das füge auch keinem Anderen zu."

Hierauf beschließt das Haus, sich auf Montag 10 Uhr zu vertagen, um die heutige Debatte fortzusetzen.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 21. November.

Die Stadt Berlin war am Donnerstag Abend in eine nicht geringe Aufregung versetzt worden. Wie ein Lauffeuer hatte sich die Nachricht verbreitet, Fürst Bismarck sei in Friedrichsruhe vom Schlage getroffen worden, und nicht viel später hörte man, wie der „M. Z." aus Berlin gemeldet wird, der Kaiser von Rußland liege im Sterben. Das Hotel des Reichskanzlers wurde von Fragenden förmlich bestürmt und auch auf den Redactionen der größeren Blätter nahmen die Anfragen kein Ende. Es stellte sich dann heraus, daß an der den Fürsten betreffenden Nachricht auch nicht ein wahres Wort war. Völlig unaufgeklärt ist es, wie die Nachricht entstanden. Auch die Angaben bezüglich des Kaisers von Rußland sind, wie das genannte Blatt versichert, in dieser Form unbegründet. Doch leider scheinen sie nicht ohne allen thatsächlichen Anhalt zu sein. In Kreisen, welche in diesen Dingen Glauben verdienen, wollte man wissen, daß neuerliche Nervenanfälle den Kaiser hart mitgenommen hätten.

Nach Mittheilungen, welche Herr von Bennigsen nach seiner Rückkehr aus Hannover über die Beschlüsse des Provinzialausschusses in Sachen der hannoverschen Kreisordnung in Berlin gemacht, hat sich der Ausschuß in allen Puncten den Abänderungsvorschlägen der Herren v. Bennigsen, Miquel ꝛc. angeschlossen. Man soll die Zahl der Städte, welche eigene Kreise bilden (Hannover, Osnabrück, Hildesheim) nicht um fünf, wie Herr Miquel wollte, sondern um vier vermehrt werden und Lüneburg, Harburg, Celle und Göttingen eine eximirte Stellung erhalten. Für die Kreiseintheilung hat man sich auf drei Vorschläge beschränkt.

Das „große Ereigniß", daß dem Herzog von Cumberland ein Sohn geboren, hat die Hoffnungen der Welfenpartei wieder mächtig angeschwellt. Bei der großen Menge mögen solche